

# Wilsdruffer Tageblatt

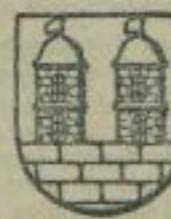
Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poststelle Leipzig 28614

Gesetzliche Meldung auf Wissensschein der Post und Zeitungsverleihung 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Zeitungsverleihung monatlich 4 M., durch unsern Verleger zugestellt in der Stadt monatlich 4,60 M., auf dem Lande 6,60 M., durch die Post bezogen monatlich 12,00 M., mit Zuschlagsgebühr. Alle Poststellen und Postbüros sowie andere Postämter und Poststellen nehmen lebendige Belehrungen entgegen. In Zeiten höherer Gewalt, wenn von beständiger Zeitungsverleihung hat der Bezieher keinen Aufschlag auf Lieferung der Zeitung oder Rückzug des Bezugspreises.

Zeitungsschein 1 M. für die 6 geplante Ausgabe oder deren Teile. Letztere 2,50 M. Bei Wehrziehung und Katastrophen entsprechender Preisnotiz. Abonnementen im vorigen Jahr vom Zeitungsseminar 2 M. Nachstellung-Gebühr 20 Pf. Anzeigennahme ist vermittelzt so wie. Für die Rücksicht der verschiedenen Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Keine Rücksicht erlaubt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muss oder der Nutzgegenstand in Reklame gerät.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Nossen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Lässig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 96.

Dienstag den 26. April 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Reserve-Abteilung der Pflichtfeuerwehr Wilsdruff.

Alle männlichen Personen im Alter von 20 bis 25 Jahren haben Dienstag den

zu erscheinen. Nichterschienen oder unentbehrliches Fernbleiben wird nach der Feuerlöschordnung bestraft. Eindeutige ist anzulegen. Das Kommando der Pflichtfeuerwehr.

26. April abends 7 Uhr am Spritzenhaus zu einer

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Reichsregierung verlangt in einer Protestnote die Aufhebung der Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes über die Frankenvatung.

\* Eine weitere Note über die Frage der Kriegsbeschuldigten, in der festgestellt wird, daß Deutschland keine Schuld an Verhältnissen treffe, ist der Vorschaferkongress übergeben worden.

\* Die Gerüchte, daß bei der Reichsregierung ein Ultimatum eingetroffen sei, das die Annahme der Pariser Beschlüsse innerhalb 24 Stunden verlange, entbehren jeder Grundlage.

\* Die deutsche Wiederaufbaunote ist in Paris überreicht und von der Reichsregierung veröffentlicht worden.

\* Staatsliche Blätter melden, daß die Entente bereits endgültig beschlossen habe, Überlebenden aufzuteilen.

die Selbstauslöserung auf sich zu nehmen, zu der die jetzt am Ruder stehenden Leute sich nicht zu entschließen vermögen. Sollte an diesen Gerüchten etwas Wahres sein? Sollte zu allem Unglück, das über uns zusammenbrechen will, noch ein Strudel von Treibereien sich auftun, um den Kampf um die Macht in diesem entscheidenden Augenblick mit voller Rückslöslichkeit durchzuführen? Dann braucht allerdings das Chaos, das vielverursachte, nicht mehr fern zu sein. Acht Tage noch, und Herr Briand will seine Soldaten marschieren lassen. Wir aber wissen nicht einmal, ob wir in dieser Lage unsere Regierung halten oder stürzen sollen . . .

### Hardings Mission.

Besuchung des Ruhrreviers ein Unglück.

Die Pariser Presse erklärt, Präsident Harding habe gesagt, er wisse, daß er eine große Verantwortung übernehme, wenn er die Intervention übernehme. Aber er könne nicht ein sagen, weil er nicht wieder gutzumachendes Unglück verhindern wolle. Dieses Unglück sei nach Ansicht Hardings die Besetzung des Ruhrgebietes. Die amerikanische Regierung wolle nicht, daß ihr Eingreifen als Vermittlung oder als Schiedsspruch gedeutet würde, aber daß sei nur eine Formalsache. Harding wisse sehr gut, daß, wenn er annähme, die Angelegenheit der Aufmerksamkeit der Alliierten zu unterbreiten, d. h. wenn er Deutschlands Vorschläge, die er für annehmbar halte, weitergebe, er tatsächlich eine Vermittlung übernehme. Es sei ihm unmöglich, ein einfacher Botschafter zu sein. Die Umstände würden ihn gezwungen machen zum Schiedsrichter der Angelegenheit machen.

### Die Haltung der Ruhrgebietsarbeiter

französische Sorgen.

Über die geplante Besetzung des Ruhrgebiets schreibt das Gewerkschaftsorgan "Le Peuple", im vergangenen Jahre und auch späterhin sei klar geworden, daß Passivität nicht der hervorragendste Charakterzug der Arbeiter im Ruhrgebiet sei. Wie sollte man sie zur Arbeit bringen, während doch der ganze Plan auf ihrer Arbeit ruhe? Sollten Maschinengebäude bei den Bergwerken ausgestellt werden? Dadurch würde nicht eine Tonne mehr gefördert. Sollte man jedem Arbeiter einen Soldaten mit aufgeblanztem Bajonet mitgeben, oder die Arbeitspflicht einführen und ein Zwangsbeiträgen vorschreiben? Im vergangenen November hatte die Delegation der Gewerkschaftsinternationale im Ruhrgebiet Gelegenheit, in allen Arbeiterkreisen eine einmütige Gesinnung festzustellen. Wenn die Franzosen kommen, sei von allen Seiten gesagt worden, so wird das vorerst den Streik und dann die Verminderung des Ertrages bedeuten. Wir wollen wohl arbeiten, aber als freie Männer, nicht unter Zwang! Und daß sei noch die gemäßigte Ansicht derjenigen Arbeiter gewesen, die sich bemühten, die andern von müßigkeiten Handlungen abzuhalten.

### Widerstand der deutschen Zollbeamten.

Die französische Besatzungsbehörde hat ein genaues Verzeichnis sämtlicher im Düsseldorfer Bezirk angestellten Eisenbahn- und Zollbeamten eingefordert. Die französischen Aufsichtsbeamten machen den deutschen Zoll- und Eisenbahnbeamten zum Vorwurf, daß durch ihren passiven Widerstand die Durchführung der Zollmaßnahmen unmöglich geworden sei. Der Güterverkehr, der sich auf den Düsseldorfer Bahnhöfen in den letzten Wochen vor der Besetzung fast der Friedensabfertigung mit 2000 bis 2000 Wagen am Tage näherte, beträgt jetzt nur noch 40 Prozent des Umschlags vor der Besetzung.

### Schutz der bedrohten Rheinlandindustrie.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat einstimmig folgende Einschätzung angenommen: Der Reichsverband der Deutschen Industrie richtet an die beteiligten Wirtschaftskreise die Aufforderung, mit allen Mitteln daran zu arbeiten, daß trotz der neuen Rheinpolizei die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen besetztem und unbefestigtem Gebiet aufrecht erhalten werden. Zu diesem Zweck ist es unerlässlich, daß für die Firmen des befreiten Gebietes keine ungünstigeren Versorgungsmöglichkeiten eintreten als für die Firmen des unbesetzten Gebietes. Die Firmen des unbefestigten Gebietes müssen im Wettbewerb alle Maßnahmen unterlassen, die als eine Ausnutzung der Notlage des besetzten Gebietes gedacht werden können. In welcher Weise ein Ausgleich der Interessen herbeigeführt werden kann, muß von Fall zu Fall geprüft werden. Die Geschäftsführung des Reichsverbandes hält sich für eine Mitarbeit zur Verfügung. Die Einführung der beabsichtigten Aufsichtsorganisation darf so zu erfolgen, daß burokratische Handhabung und unnötige Absicherung vermieden werden.

Risengerüchte durchschwirren die Luft, und ganz Feindseligkeit verschwindet. Erzberger wieder vor der Reichstagsvorfahrt für sich werben zu hören. Erzberger und Simon sind am, oder Hermann Müller und der Pariser Vorschafer Mayer sollen auftreten sein, um das Kunststück fertig zu bringen, das Herrn Dr. Simons nicht gelingen will — oder vielleicht auch um

### Uebung

### Die deutsche Wiederaufbaunote.

Mitarbeit der Gewerkschaften.

Die bereits angekündigte deutsche Note über den Wiederaufbau Nordfrankreichs ist in Paris überreicht worden. Zu der Note heißt es einleitend:

"Deutschland ist durchdrungen von der Überzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange das nicht geschiehen ist, besteht die Gefahr, daß die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das bestimmte bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Nächte soweit irgend möglich zu berücksichtigen."

Für die Art der Durchführung des Wiederaufbaus erlaubt sich die deutsche Regierung unter Aufrechterhaltung ihrer seit 1919 gemachten Angebote zusammenfassend auf folgende Möglichkeiten hinzuweisen:

I. Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Gedenk- oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufbaureichs unter Übernahme sämtlicher Kosten in eigene Regie oder durch Vermittlung eines internationales Siedlungsunternehmens übernehmen. Bei einer derartigen Regelung würden vor allem die Erfahrungen des Wiederaufbaus mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Nächte soweit irgend möglich zu berücksichtigen."

Deutschland ist ferner willens, unabhängig von der zu vorgeschlagenen Regelung, abzobald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgien alle Hilfsmittel bereitzustellen. Die deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, folgende Leistungen anzubieten:

1. In den zerstörten Gebieten sofort nach Maßgabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen Aufbaumittel und Aufstockungsarbeiten vorzunehmen;

2. Siegelten im Aufbaugebiet sofort zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Hall-, Gips- und Zementwerke dadurch zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe beginnen zu können, hierüber hinzu beinahe alle Bausubstanz und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern;

3. Vorführungen zu treffen, daß die im Aufbaugebiet nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Bauzwecke aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind;

4. loöst mit der Anregung von Befelsbauten aller Art, mindestens aber 25.000 Holzhäusern (Wohnhäusern) zu bauen und diese vor Beginn der nächsten Fahrtzeit anzustellen, um der ungemein dringenden Wohnungsnöt in den zerstörten Gebieten vorzurüsten;

5. dazu die Ausstattung, z. B. die Möbel, Ofen, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern;

6. nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Liegebauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie oder in gemeinschaftlichem Betrieb oder unter Zulassung aller drei Betriebsformen ausgeführt werden sollen, wird nach den Wünschen der alliierten Regierungen zu bestimmen sein.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich der Organisationen der Angestellten und Beamten versichert sie, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken.

III.

Die Verständigung über alle hier nach zu klarenden Fragen erfordert eine gewisse Zeit, andererseits haben die Geschädigten ein großes Interesse an einem schnellen Aufbau ihrer Wohnstätten und Anlagen. Die deutsche Regierung erklärt sich deshalb bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung, denjenigen Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und sonstigen Anlagen wieder aufgebaut sehen wollen, leistungsfähige und vertrauenswürdige Unternehmer zu benennen. Mit diesen Unternehmen können die Geschädigten oder ihre Interessenvertretungen vollständige Bauverträge mit Abschlußfolge abschließen. Die Geschädigten können natürlich auch ihrerseits deutsche Firmen bezeichnen, mit denen sie in Verbindung zu treten wünschen. Die deutsche Regierung ist bereit, die geleisteten Kosten solcher Reparationsbauten, soweit sie in Papiermark gezahlt werden können, gegen Gutschrift auf Reparationskonto zu übernehmen, während sie die Zahlung der in ausländischen Währung entstehenden Kosten weiterer Regierung vorbehält.

Die deutsche Note schließt mit der Versicherung: falls die alliierten Regierungen wünschen, daß die Planierung der deutschen Regierung am Wiederaufbau in anderer als den vorschlagenden vorgeschlagenen Formen erfolgt, so ist die deutsche Regierung bereit, jede von alliiertem Seite gegebene Anregung und jeden gemachten Vorschlag eingehend und gewissenhaft zu prüfen und zu erörtern, um auch in jeder anderen den dortigen Wünschen entsprechenden Form

am Wiederaufbau teilzunehmen. Die deutsche Regierung bittet die alliierten Regierungen, die erforderlichen Versprechungen über Einzelheiten der zu treffenden Regelung möglichst sofort einzuleiten."

### "Die Kriegsbeschuldigten."

Falsche Unterstellungen der Entente.

Der Pariser Vorsichtskonferenz ist eine deutsche Note über die sogenannten Kriegsbeschuldigten überreicht worden, in der es einleitend heißt:

"Der englische Generalanwalt hat kürzlich im Unterhaus erklärt, daß die von den Alliierten Mächten beschlossenen sogenannten Sanctionen zu einem nicht geringen Teile auf das Verhalten Deutschlands in der Frage der Kriegsbeschuldigten zurückzuführen seien."

Eingehend weist die deutsche Note dann nach, daß unsere Feinde zwar "Verbrecherklagen" eingerichtet, aber keine genügenden Unterlagen dafür vergebracht hätten. Weiter besagt die Note:

"Wie sowieso es ist, derartige Vorgänge nach längerer Zeit, wenn die Teilnehmer in alle Hölle zerstreut sind, auszufließen, haben sowohl die französische wie die britische Regierung bei anderer Gelegenheit selbst anerkannt. Die französische Regierung hat auf die Bitte um Auflösung eines Vorfalls, der sich im September 1920 im Arbeitslager von Vincennes abgespielt hat, im März 1921 erklärt, daß die Ermittlung des Sachverhalts mit Absicht auf die inzwischen vergangene Zeit unmöglich sei. Die britische Regierung hat sich am 6. Februar 1920 in der Frage der Misshandlung der deutschen Besatzungen bei der noch nicht acht Monate zurückliegenden Besetzung der deutschen Flotte in Scapa Flow in ähnlicher Weise geäußert. Nach Beendigung der Sammlungs- und Prüfungskommission mußte die deutsche Anklagebehörde dieser Sorge tragen, daß das ausländische Beweismaterial dem Gericht in einer Form zugänglich gemacht werde, die dem deutschen Prozeßrecht genügt. Die französische Regierung hat der Anregung der deutschen Regierung bisher nicht stattgegeben. Die Vernehmung der englischen und belgischen Zeugen, die nicht zum Erreichen in der Hauptverhandlung bereit sind, steht unmittelbar bevor. Sobald sie erledigt ist, werden die Verhandlungen in Leipzig beginnen."

Wenn gleichwohl der Vorwurf einer Verzögerung der Prozeß erhebt und die Behauptung aufgestellt wird, daß die deutsche Regierung seit Monaten im Besitz des erforderlichen Materials sei, so ist dies um so befremdlicher, als der englische Generalstaatsanwalt noch am 18. Februar auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt hat, daß bis dahin, jedenfalls aber bis Anfang Januar, der deutsche Regierung der Vorwurf der Verzögerung nicht gemacht werden könne, und als er selbst an den inzwischen geführten Verhandlungen teilgenommen hat. Eine Säumnis Deutschlands in dieser Frage liegt nicht vor. Der Versuch, die in London beschlossenen Gewaltmaßnahmen damit zu begründen, muß an den Tatsachen scheitern."

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Vereinfachung der Reichsverwaltung.

Die Reichsregierung hat als Mitglieder in die Kommission zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung die Staatssekretäre Dr. Peters, Unterstaatssekretär a. D. Dr. Busch, Staatsminister a. D. Dr. Drews und Staatssekretär a. D. Küdlin berufen.

Die deutschen Flaggen.

Im Reichsgesetzblatt wird jetzt die Verordnung über die deutschen Flaggen veröffentlicht. Zur Ausführung des Artikels 3 der Reichsverfassung bedurfte es nötherer Vorfälle, um die verschiedenen Flaggen festzulegen, namentlich auch, um die Anordnung der Reichsfarben in der Handelsflagge zu regeln. Die Flaggenverordnung bringt eine einheitliche Regelung des Land- und Seeflaggenwesens. Es werden künftig gesetzlich werden: die National-

flagge, die Handelsflagge, die Handelsflagge mit dem Eisernen Kreuz, die Gösch (ein kleiner Wimpel bei der Seeschiffahrt), die Reichsriegsflagge, die Standard des Reichspräsidenten, die Flagge des Reichswehrministers, die Reichspostflagge, die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

In der Zeit vom 12. bis zum 21. April haben in Posen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung Verhandlungen über die Regelung der sich aus dem Friedensvertrage von Versailles ergebenden Optionsrechte der beiderseitigen Staatsangehörigen stattgefunden. Die Ergebnisse der Verhandlungen sind in einem gemeinsamen Protokoll zusammengefaßt worden, das als Grundlage für die in den nächsten Tagen in Paris beginnenden endgültigen Verhandlungen dienen wird.

Die Feststellungswut des Helldubben.

Bei einer Besichtigung des Eisenwerkes Haeger im besetzten Gedern stellte die Ententekommission fest, daß Rohmaterialien für holländische U-Boote bei diesem Werke bearbeitet würden und verlangte sofortige Einstellung der Arbeit und Verförderung des Materials. Die deutsche Regierung war machtlos und mußte sich dem Druck der Entente beugen, obwohl die Firma nachweisen konnte, daß der Friedensvertrag bei Herstellung dieser Arbeit für Holland nicht verletzt wurde. Selbst der holländischen Regierung war es unmöglich, die Verförderung des Materials zu verhindern.

Antwort auf die Goldforderung.

Soeben ist die deutsche Antwort auf die Forderung der Entente, den Goldbestand der Reichsbank in das besetzte Gebiet zu überführen, an die Reparationskommission abgegangen. Die Note nimmt Bezug auf den § 243 Absatz 2 des Friedensvertrages, der bestimmt, daß die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der Reparationskommission weder Gold austüftet noch darüber verfügen kann. Diese Bestimmung tritt vertragsgemäß am 1. Mai 1921 außer Kraft. Das Verlangen der Reparationskommission beruht auf der Sorge über den Verfall dieser Vertragsbestimmung. Die deutsche Regierung bietet sich daher an, alle geplanten Maßnahmen zu treffen, um diese Frist bis zum 1. Oktober 1921 zu verlängern. Im übrigen beruft sich die Note auf die bekannten Gründe, die einen Eingriff in die Besände der Reichsbank als Privatunternehmen nicht erlaubt.

#### Großbritannien.

× Geschichte an der indischen Grenze. Nach einer amtlichen Meldung wurden englische Schützen am 24. März bei Ladha an der indischen Grenze angegriffen und verloren 16 Tote und 24 Verwundete. Zur Vergeltung wurde die Stadt Malin von Fliegern heftig bombardiert. Auf einer Reihe von englischen Transporten und ihre Begleitmannschaften sind heftige Angriffe erfolgt. Die britischen Truppen verloren vom 5. bis 10. April 34 Tote und 75 Verwundete.

#### Polen.

× Die trostlose Finanzlage. Eine Warschauer Zeitung teilt mit, daß der polnische Staat für 1921 220 Milliarden Ausgaben und nur 60 Milliarden Einnahmen, also ein Defizit von 160 Milliarden polnische Mark aufweist. Das Blatt erklärt, diese Zustände gelten nur etwa denen in Sowjetrußland. Polen werde dem späteren wirtschaftlichen Auge verfallen, wenn nicht noch rechtzeitig der Kampf gegen die innere Gesetz aufgenommen werde. Die staatliche Broterzeugung der Süde Polens hat in letzter Zeit endgültig verlagert. In Polen kommt im April nur an wenigen Tagen Brot gegen Karten abgegeben werden und die Preise im Freihandel haben noch weiter angezogen. Nunmehr wird amtlich mitgeteilt, daß amerikanisches Öl über Danzig eingetroffen sei und die Wieder-aufnahme der regelmäßigen Brotbeflieferung bevorstehe.

#### Direktor Labwein ruht auf.

"Wie kommen Sie auf die Vermutung?" rief er lebhaft. "Wollen Sie den Minister zum Gegner haben? Er ist Ihr Vorgesetzter, wenn Sie Generalkonsul sind. Er kann Sie abziehen, wenn Sie ihn nicht auf seiner Stelle haben. Verschaffen Sie sich doch nicht den Eindruck auf die Regierung, den ich Ihnen verschaffen will. Das Generalkonsulat lädt sich vom Orden nicht trennen. Wie würde das aussehen, ein Generalkonsul und kein Orden! Sie kommen in eine Gesellschaft. Sie tragen einen Ordens. Man wird Sie nicht unterscheiden können von einem Kellner, wenn Sie nicht einen Orden haben! Nehmen Sie Verlust an, Herr Rotmüller!"

Er hatte schnell gesprochen. Jetzt machte er eine kleine Pause und stärkte sich durch einige Züge an der Zigarette.

"Wenn ich Ihnen nun das Geld einzahle, und es wird nichts aus der Sache?"

"Haben Sie mich meine Garantie, Herr Rotmüller? Entweder, Sie haben in drei Monaten das Konsulat und den Orden, oder ich gebe Ihnen das Geld auf Heller und Pfennig zurück. Was — wollen Sie — mehr?"

Er hatte wieder und wieder geräucht. Die letzten Worte waren nur noch labend hervor. Sein Kopf senkte sich nach vorn. Die Augenlider schlossen sich, trotzdem er gegen die über ihn kommende Müdigkeit anzutämpfen suchte.

"Was — wo — ollen — Sie —"

Er wollte den letzten Satz noch einmal wiederholen, brachte ihn aber nicht zu Ende. Hobl Blätter trockneten über sein Gesicht, dann sank er kraftlos zusammen. Das Opium hatte seine Wirkung getan. Schneller als Dorival erwartet hatte. Der kleine, nervöse Mann schien dem Gast besonders wenig Widerstand entgegen zu können.

Dorival wagte nicht, sich von seinem Platz zu rühren.

Mit weit aufgerissenen Augen starrte er den kleinen Mann an, der wie leblos dalag.

Kalter Angstschweiß trat ihm auf die Stirn.

In diesem Augenblick hörte er draußen die Tür gehen. Eine tiefe Männerstimme erkundigte sich nach dem Direktor Labwein. Die Antwort des kurzfristigen Fräuleins konnte er nicht verstehen, aber er hörte, daß der Mann sagte, er werde warten.

Das Fräulein konnte jeden Augenblick eintreten, um den Besuch des Mannes anzumelden. Er mußte schnell handeln.

Er sprang auf. Nur jetzt keine Schwäche!

Er nahm Labwein die noch glimmende Zigarette aus der Hand, löschte ihr Feuer und legte sie in seine Zigarettendose. Diese steckte er zu sich. Er hatte sich das alles schon vorher überlegt. Man sollte nicht sofort wissen, wodurch Labwein bestohlen worden war.

Dann knöpfte er dem Schlosselfen hastig Kord und Weste auf. In der inneren Tasche der Weste steckte eine lederne Brief-

Eine ausgeschobenes Fürstenhaus.

Weidenhall Nach längerer Krankheit starb in Bad Weidenhall im Alter von 84 Jahren die Prinzessin Marie von Schwarzburg-Sondershausen. Mit ihr ist die Linie Schwarzburg-Sondershausen vollständig ausgestorben.

### Letzte Drahtberichte

des "Wilsdruffer Tageblattes".

Die Note an Amerika.

Berlin, 25. April. Wie gemeldet wird, ist die Note an die Vereinigten Staaten, die die neuen Vorschläge zur Weitergabe an die Entente enthält, Sonntag abend dem amerikanischen Vertreter in Berlin übergeben worden. Sie dürfte am Montag in Washington eintreffen. Wie wir weiter hören, werden am Montag vormittag die Parteiführer sich nochmals bei Dr. Simons versammeln. Nachmittag erfolgt dann die angelustigte Abstimmungserklärung im Reichstag.

Frankreich teilt Hardings seine Forderungen mit.

Paris, 24. April. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" beauftragte die französische Regierung ihren Botschafter in Washington, Dusserand, der amerikanischen Regierung mitzuteilen, welche Summe Frankreich unbedingt von Deutschland erhalten müsse. Die Entscheidung sei Freitag abend getroffen worden, bevor Briand nach Ostpreußen gegangen sei. Dieser Schritt habe den Zweck, den Präsidenten Harding vor Einschreiten der deutschen Vorschläge über die Forderungen Frankreichs zu unterrichten.

Der Beschuß von Holthe — eine neue Konferenz.

Paris, 24. April. Die Konferenz von Holthe ist um 6.15 Uhr abends zu Ende gegangen. Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Sonnabend in Paris zusammenentrete. Sollte Lloyd George durch die Streitigkeit verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden. Wie verlautet, befinden sich beide Parteien in Niedergestimmung. Die französischen Vorschläge wurden einstimmig genehmigt. Wenn das Abgebot bejaht wird, wird sich die britische Beteiligung daran auf einige Abteilungen Artillerie und einige Tanks beschränken. Es wird betont, daß das Pariser Abkommen sich noch in Geltung befindet.

Ganz Tirol für den Anschluß.

Innsbruck, 24. April. Die heutige Volksabstimmung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Anschluß an Deutschland. Von den Stimmberechtigten haben 90 v. H. gestimmt. 20 000 stimmen mit Ja. In Innsbruck und im ganzen Lande herrschte ungeheure Begeisterung. Nachmittags bewegte sich ein langer Zug durch die Straßen der Stadt zum Andreas-Hofer-Denkmal. Es wurden nationale Ansprachen gehalten und Lieder gesungen. Als abends bekannt wurde, daß die ganze Stadt mit Ja gestimmt hatte, drach ein ungeheuerer Jubelsturm aus. In den Straßen wurden Reden gehalten, in denen erklärt wurde, daß der heutige Tag die erste Etappe auf dem Wege zum Anschluß an Deutschland sei. Edens wie im Jahre 1809 von Tirol aus der Widerstand gegen Frankreich, das in letzter Linie allein unter den Verbündeten dem Anschlußgedanken feindlich gegenüberstehe, ohne in der Lage zu sein, Österreich eine Existenz zu sichern. Auch aus den übrigen Städten Tirols, so aus Bad, Landeck, Imst, Kufstein ließen Nachrichten ein, daß fast die ganze Bevölkerung mit Ja gestimmt hat. Das definitive Ergebnis wird erst morgen bekanntgegeben werden können. Die Landesregierung wird hierauf sofort den Bundesregierung das Ergebnis mit der Bitte vorlegen, es dem Völkerbund vorzulegen, und hieran die Bitte knüpfen, daß der Völkerbund den Anschluß Österreichs an Deutschland gestattet.

Innsbruck, 25. April. (zu.) Die Abstimmung in Südtirol ist in hervorragender Stimmung vor sich gegangen. Die Abstimmung sond von 9 bis 12 Uhr, in Landorten bis 3 Uhr statt. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 70 bis 75 Prozent. Selbst von den hochgelegenen Alpenströmen die Abstimmungs-

losche. In ihr vermutete Dorival das Dokument. Den Inhalt der Brieftasche nachzuprüfen, dazu hatte er jetzt keine Zeit. Er mußte darauf bedacht sein, sich in Sicherheit zu bringen. Über Augendich des Jüngers könnte verhängnisvoll werden. Er hörte, wie draußen der Mann mit der tiefen Stimme sich mit dem Fräulein unterhielt. Der Mann wurde ungebürgig. Er behauptete, er hätte nur fünf Minuten mit Labwein zu sprechen, und drängte das Fräulein, ihn anzumelden.

Dorival stellte die Brieftasche zu sich, schlüpfte in seinen Mantel, griff nach seinem Hut und wollte das Zimmer verlassen. In diesem Augenblick fiel Labwein vom Sessel und glitt zu Boden.

Es widerstrebte Dorival, den Mann so liegen zu lassen. Er hob ihn auf und drückte ihn wieder in den Sessel. Dann setzte er in das Baderzimmer.

"Liebes Fräulein," sagte er zu der Bureauvertreterin, "geben Sie einmal hinzu zu Direktor Labwein. Er verlangt nach Ihnen. Ich glaube, er fühlt sich nicht wohl."

Dicht an der Tür, die zum Korridor führte, sah ein großer, breitschultriger Mann, dessen Kleidung und blonder Vollbart auf einen Oberschäfer schließen ließ. Er hatte die Worte Dorivals gehört. Er stand auf und fragte interessiert: "Was, Labwein ist nicht wohl? Da muß ich doch auch mal nach ihm sehen." Er ging durch die Pforte in dem Zählein nach der Tür, die zu dem Zimmer Labweins führte.

Dorival aber war mit einem Soh bei der Ausgangstür, zog den Schlüssel, der ihnen im Schloß stieß, heraus, öffnete die Tür, trat auf den Korridor, schloß die Tür hinter sich ab und stieß den Schlüssel ein. So, nun war er zunächst vor einer Verfolgung sicher.

In diesem Augenblick hörte er das Fräulein laute Schreie ausstoßen.

Er stieg die drei knarrenden Holztreppe rasch hinab. Auf der Straße schlug er eine schnelle Gangart ein. Bald war er in die Friedrichstraße eingebogen, wo er sich in den Strom der Fußgänger mischte, der sich ohne Unterbrechung auf beiden Bürgersteigen dahinwälzte.

Hier fühlte er sich sicher.

Er ließ sich von der Menschenwoge bis an die Weidendammerbrücke treiben, schlenderte am Schiffbauerdamm entlang, benutzte einen günstigen Augenblick und wußte den Schlüssel der Bureauvertreterin in die Spree. Dann winkte er einem vorüberfahrenden Auto, stieg ein und ließ sich nach seinem Hotel fahren. Als das Auto die Friedrichstraße hinaus fuhr und die Jägerstraße überquerte, wußte er durch die Fensterscheibe des Wagens einen Blick auf das Haus, das er soeben verlassen hatte. Vor der Türe des Hauses drängte sich eine dicke Menschenmenge. (Fortsetzung folgt.)

### 27 | Der Doppelgänger des Herrn Emil Schneide.

Roman von Carl Schüller.

"Ich will schon," sagte er, "aber der Preis ist doch sehr hoch. Ließe sich die Sache nicht etwas billiger machen?"

Er mußte die Unterhaltung etwas in die Länge ziehen, denn Widerpruch seines temperamentvollen Gegenübers wiederklang. Er hatte schon gestern beobachtet, daß Labwein, wenn er sich aufregte, zu den Zigaretten griff.

"Aber Herr Rotmüller, wo denken Sie hin? Neben den Preisen waren wir uns doch einig. Darüber dürfen wir kein Wort mehr verlieren." Er kultiviert, daß ein Mann, wie dieser ehrgeizige Herr Rotmüller, nur einen Fühler austredet, um zu leben, ob er billiger wegkommen könnte. Er dachte aber gar nicht daran, diesem Dummkopf gegenüber seine Forderung zu erläutern.

"Wenn ich nun 120 000 M. bezahle," entgegnete Herr Rotmüller, "würden Sie das Geschäft machen oder nicht. Da oder nein?"

Direktor Labwein zuckte nervös zusammen.

Es war nicht seine Art, mit einem Ja oder Nein eine Sache von Wichtigkeit zu erleben. Er wurde ärgerlich, wenn jemand ein solches Verlangen an ihn stellte.

Er schüttete missbilligend den Kopf, rang verzweifelt die Hände und — griff in die Zigarettenkasse Dorivals.

Er nahm eine der Opiumzigaretten!

"Sie verstehen ganz die Lage der Sache, mein lieber Herr Rotmüller! Sie tun ja gerade, als ob ich das Geld bekomme. In meiner Tasche bleiben noch nicht fünf Prozent. Was weiß ich? Vielleicht muß ich alles herausräumen. Dann habe ich weiter nichts von der Sache als die Ehre, aus Ihnen einen Generalkonsul gemacht zu haben, einen Ritter der Ehrenlegion. Unter uns — ich rechne auf Ihre unbedingte Verschwiegenheit — weniger als 100 000 M. darf ich meinem Freund Albrecht nicht anbieten. Ich würde meinen ganzen Einstuß bei ihm aufs Spiel setzen, töme ich ihm mit weniger. Und Minister Ignacio de Albuquerque, der Kommandeur der Ehrenlegion, ist auch nicht blöde im Fördern. Der Mann ist so durchtrieben, daß man aus ihm bequem zwei Pferdehändler machen könnte. Was ich dem von den 50 000 M., die verbleiben, abbekomme, ist mein Verdienst, mehr nicht. So wahr ich Ihnen hier als Ehrenmann gegenüber sitze."

Er strich sich ein Streichholz an und zündete die Zigarette an, die leise knisterte, als sie in Brand gelegt wurde.

Dorival ließ dem lebhaften Mann keine Zeit —

"Dann kostet mich der Orden also gern 50 000 M? Nein, auf den will ich verzichten!"



